

Beitrag zur Anhörung der Volksinitiative Schule in Freiheit vor dem Bildungsausschuss des Landtages Brandenburg am 1. Dezember 2011

Von Barbara Nieter

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
sehr geehrte Anwesende,

Es wird Sie nicht überraschen, dass viele Eltern mit der Schulqualität in Brandenburg unzufrieden sind nach Möglichkeiten suchen, um die Bedingungen für die Entwicklung ihrer Kinder individuell beeinflussen und verbessern zu können. Eltern möchten Schulen, die eigenständig, nach den Bedürfnissen der Kinder und Eltern arbeiten. Leider scheint es so, als seien Eigenständigkeit und Selbstverantwortung der Landesregierung ein Dorn im Auge.

Regulierung von Bildung darf nicht, einem veralteten Verständnis von Bildungsverwaltung folgend, zentral von der Landesregierung und ihrem Bildungsministerium geregelt werden, sondern sollte auf die Ebene der Landkreise, z.B. in den Kreisverwaltungsämtern, angesiedelt sein. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, ist das Gebot der Stunde eine zügige Dezentralisierung mit der Aufhebung der Schulbezirke und einer freien Zugänglichkeit aller Schulen nach Bedarf und Nachfrage der Eltern - und nicht eine Zentralisierung mit Verlagerung der Entscheidungskompetenzen hin auf die höhere Verwaltungsebene. Der Zugriff durch eine zentrale Kontrolle und Regelung direkt auf Anordnung einer Landesregierung entspricht einem zentralistischen Gesellschaftssystem, es widerspricht aber den durch das Grundgesetz gegebenen Rechten einer freiheitlichen und pluralistischen Demokratie.

Wir sind in Brandenburg vielerorts pädagogisch noch lange nicht dort angelangt, wo wir längst sein könnten. Es fehlt dort an gut gemachtem Unterricht, der jedem Kind die Chance gibt, alle seine Fähigkeiten und Anlagen ohne Druck und Angst optimal zu entwickeln. Unsere Kinder brauchen kompetenzorientierten Unterricht und selbständiges Arbeiten mit individuell angepassten Lerneinheiten, also Unterricht, bei dem niemand zurück gelassen wird oder zur Langeweile gezwungen ist.

Leider stehen nicht genug Vertretungslehrer zur Verfügung. Uns so beklagen viele Eltern den in den Schulen tatsächlich anfallenden Unterrichtsausfall. Die offizielle, vom Land herausgegebene Zahl von 1,5%, kann so nicht stimmen. Nach den Berechnungen des LER müsste der Unterrichtsausfall auf 6-8 % beziffert werden. Schönrechnungen durch das Bildungsministerium helfen den Betroffenen vor Ort nicht weiter.

Im Jahresbericht 2011 des Landesrechnungshofes heißt es im Kapitel zu Unterrichtsausfall und Vertretungsunterricht:

„Das von der Landesregierung im Jahr 2007 vorgelegte Konzept <Verlässliche Schule Brandenburg>,

mit dem der tatsächliche Unterrichtsausfall minimiert und die Qualität des Unterrichts verbessert werden sollte, beschränkte sich im Wesentlichen auf Absichtserklärungen, wurde von den Schulämtern und Schulen nicht als verbindlich betrachtet und enthielt keine zeitlichen Vorgaben. Empfehlungen des Konzeptes setzte das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport unzureichend und nicht zielorientiert um. Insbesondere muss die Kooperation und Kommunikation zwischen der Schulaufsicht und den Schulen verbessert werden. Eine nachhaltige Evaluierung der durch das Konzept erzeugten Wirkungen fand nicht statt.“²⁾

Landesregierung und Bildungsverwaltung intensivieren ihre Planspiele hinsichtlich eines Umbaus des Bildungswesens. Viele Eltern erleben allerdings, dass die Umsetzungen dieser Planungen in den gelebten Realitäten in Schulen häufig ernüchternd ist. (Auch dies ist einer der Gründe, warum die Zahl der Eltern steigt, die ihre Kinder in einer Schule in freier Trägerschaft anmelden.) Viele Eltern treibt die Sorge um, dass Schulträger bei unzureichender Mittelversorgung, die benötigten Standards für die Bedarfe vor Ort gar nicht erreichen können. Auch bleibt die Frage, wie sich ein Bildungswesen nachhaltig entwickeln können soll, wenn die Ermittlung der zugrunde liegende Angaben unklar und nicht nachvollziehbar ist? Deshalb fordern wir eine saubere und transparente Ermittlung der Kosten des Brandenburgischen Bildungswesens, die vom tatsächlichen Bedarf ausgeht. Sie ist die Voraussetzung für alle weiteren Planungen und Vorhaben von Schulentwicklung. Eine solche Bedarfsermittlung gibt es bisher nicht!

Brandenburg braucht ein gutes Miteinander von Angeboten von Trägern in staatlicher und freier Trägerschaft, nach Bedarf von Eltern, Kommunen und Landkreisen. Es wird Zeit, dass auch von der Landesregierung Schulen in freier Trägerschaft endlich als gleichberechtigte Partner anerkannt werden. Zur Entwicklung von mehr Bildungsqualität bedarf es auch dringend größerer Eigen- und Selbständigkeit für Schulen in staatlicher Trägerschaft. Diese Schulen brauchen die Entscheidungshoheit in Fragen der Sach- und Personalkosten, damit auf die spezifische Situation vor Ort angemessen reagiert werden kann. Schulbezirke müssen aufgehoben werden. Schulbesuch regelt sich von ganz allein über Qualität, pädagogisches Angebot und Wohnortnähe. Gerade in Ballungsräumen sollten Schulen Arbeits- oder Angebotsschwerpunkte entwickeln. Nicht jede Schule muss alles können und auch alles anbieten. Dies geht zu Lasten von Bildungsqualität und Haushalt.

Jede Verschlechterung der Finanzierung des Bildungswesens verursacht eine Erhöhung der von den Trägern selbst aufzubringenden Mittel zur Deckung der Kosten. Dies wird bei den freien Schulen zu höheren Schulgeldern für die Eltern führen und das soziale Ungleichgewicht verstärken. Eltern staatlicher und freier Schulen werden gegeneinander ausgespielt und es wird ein Konkurrenzdenken geschürt, das einer positiven Entwicklung der brandenburgischen Bildungslandschaft in ihrer Gänze zuwiderläuft. Schulen sollten vorbehaltlos zugänglich sein für

2) Jahresbericht 2011 des Landesrechnungshofes Brandenburg, Einzelplan 05, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Unterrichtsausfall und Vertretungsunterricht, S.160

alle Kinder, ohne dass diese durch die Einkommenssituation der Eltern oder einen begrenzenden (oder besser gesagt ausgrenzenden) Einzugsbereich daran gehindert werden.

Liebe Anwesende, nur in der Einheit von Wort und Tat entsteht ein glaubwürdiger Beitrag zu einer nachhaltigen Bildungsentwicklung. Diese Einheit wird von den Betroffenen leider häufig schmerzlich vermisst. Und so werden die Proteste gegen Kürzungen und für Verbesserungen im Bildungswesen nicht aufhören, denn es geht zum Einen um unsere Kinder, und davon ist jedes einzelne ein Teil der Zukunft unseres Landes. Zum Anderen kämpfen wir für den Erhalt der freien Bildung, die durch die Einführung der neuen Soll-Kosten-Regelung gefährdet ist.

Brandenburg braucht die Beendigung einer Politik zur Verschleierung der Probleme im Bildungswesen. Deshalb fordern wir Landesregierung und Bildungsverwaltung auf, einzutreten

- Gegen Kürzungen im Bildungsbereich und für die Erhöhung der Mittel für alle Schulen im Land Brandenburg
- Für Transparenz und Nachvollziehbarkeit in finanz- und bildungspolitischen Entscheidungen
- Für mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung für Schulen in staatlicher Trägerschaft
- Für das Aussetzen der geplanten Berechnungsformel zur Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft
- Für eine ehrliche und transparente Gesprächsbereitschaft in einem partnerschaftlichen Miteinander aller auf Augenhöhe

Brandenburg braucht endlich Bedingungen, die *allen* Schulen hinreichende Freiräume und Autonomie gewährleisten, um eine hohe Schulqualität zu garantieren, wie sie Schüler und Eltern an staatlichen *und* freien Schulen erwarten dürfen.

Sehr geehrte Landtagsabgeordnete!

Kinder sind auch im Land Brandenburg die Zukunft. Deshalb darf bei der Bildung und Ausbildung unserer Kinder nicht gekürzt werden. Erhöhen Sie die Investitionen, denn die Kinder von heute sind die Erwachsenen von morgen, die unser Land Brandenburg voran bringen sollen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit